



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)**

377 (16.8.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-369857](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-369857)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. — Druckerei: Sammelnummer 249 51. Postfach-Rente: Karlsstraße Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Remagel Mannheim

Abgabepreis: Der Einzelheft 10 Pf. — 40 die 10 mm breite Kasten-... im Heft 10 Pf. — 20 die 70 mm breite Seite. Für im Voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Arbeit nach Tarif. — Anzeigen 10%. — Für das Schreiben von Anzeigen in bestimmten Rubriken, an besonderen Plätzen und für telefonische Aufträge keine Gebühr. — Verlagsort: Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Dienstag, 16. August 1932

143. Jahrgang — Nr. 377

# Der Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung

Das Kabinett Papen will den freiwilligen Arbeitsdienst und die Siedlung trotz großer finanzieller Schwierigkeiten weiter ausbauen

## Berichte um Luther

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
Berlin, 16. Aug.

Das Reichskabinett hat sich am Montag eingehend mit der politischen Lage beschäftigt, wie sie durch die Ereignisse vom Samstag entstanden ist. Es blieben der Regierung nur noch knapp 14 Tage, um die zum Jahresantritt des Reichstages ihre Wahlprogramme fertigzustellen. Seit dem Wahlsieg hat das Kabinett eigenmächtig nur wenig Zeit zu sachlicher Arbeit gefunden, da es zumeist mit den Hauptaufgaben der Regierung zu tun haben mußte, die im Zusammenhang mit dem Eintritte des Reichstages zu lösen sind. Mit dem früheren Reichskabinett und Energie wird die neue Regierung fertigstellen müssen, mit dem sie vor dem Reichstag zu treten gedenkt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

### Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsplans

mit dem die Regierung, seit sie im Amt ist, sich trägt und den sie zum Teil von ihrer Vorgängerin übernommen hat, ist schon im ersten Stadium der Durchführung auf große Schwierigkeiten gestoßen. Die Reichsbank hat sich zwar bereit erklärt, für etwa 200 Millionen Reichsmark unter Einwirkung dritter Stellen für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu kassieren. Sie weigert sich aber, mit einer Transaktion einzugreifen, durch die etwa eine Gefährdung der Währungsstabilität zu befürchten wäre. Wie erinnerlich, hat der Reichstag nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte gemeinsam mit Dr. Papen die

### Eicherung der Währungsstabilität als eine Selbstverständlichkeit

betont. Man weiß daher in der Reichsbank die Durchführung nicht, als ob es bereits zu einem gewissen Ausmaß zwischen dem Reichstag und Dr. Papen gekommen sei. Wenn die „Deutsche Zeitung“ in ihrem Zusammenhang sich bezieht, daß Haupt Dr. Papen zu fordern und gleichzeitig Herr Dr. Schacht als Reichsbankpräsident, so offenbart sich hier eine deutliche Abgrenzung der Zuständigkeiten. Von dem Reichstag, der die Regierung nicht einmündlich ausüben kann, ist die Reichsbank nicht als ein Organ der Reichsbank zu betrachten. Die Reichsbank ist ein Organ der Reichsbank, das die Reichsbank als ein Organ der Reichsbank zu betrachten ist. Die Reichsbank ist ein Organ der Reichsbank, das die Reichsbank als ein Organ der Reichsbank zu betrachten ist.

Die vom Kabinett zunächst freilich nur in einer Reihe von Referentenentwürfen vorgesehene Arbeitsbeschaffung ist sehr umfangreich. So soll u. a. die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Personen von 65 000 auf 200 000 erhöht werden. Ferner will man durch eine Beschleunigung der Verwaltung der sozialen Versicherungen erhebliche Ersparnisse erzielen. Die Beschleunigung der Verwaltung von Schiedsgerichten soll ebenfalls gefördert werden. Die Teilpolitik weiter angeordnet, der Regierung das gefordert werden. Das gleiche gilt von der Land- und Stadtrandbevölkerung. Schließlich ist die Wirtschaft durch Erteilung von Kreditschüssen der Reichsbank und Reichspost anzukurbeln. Demselben Zweck dient das sogenannte Arbeitsbeschaffungsplan, das 12 Mrd. Reichsmark kostet und 800 000 Arbeitsplätze schaffen soll.

Kritisch wird die Frage, wie sich die Dinge nach der Annahme eines Wahlrechtsvertrages entwickeln werden, nach dem die Regierung entwickeln werden, nach dem sie sich entwickeln werden. Die Annahmen gehen über die Arbeitsbeschaffung. Die einen erwarten in diesem Jahr eine abermalige Auflösung des Reichstages, und namentlich in den internationalen Kreisen deutet man die Möglichkeit an, daß dann die Wahl zu einer neuen verfassungsmäßigen Nationalversammlung unter einem veränderten Wahlrecht ausgeschrieben werden könnten. Die Aussichten einer

### Reaktion des Senats mit dem Nationalsozialisten

wird vorerst im allgemeinen sehr skeptisch beurteilt, wenigstens man einer solchen Lösung für Preußen einige Chancen gibt. Die Regierung, daß durch

## Der Triumph der englischen Kriegsanleihe

90 v. H. der Anleihebefugter gaben ihre Zustimmung zur Konversion

Drahtbericht unseres Londoner Büros  
London, 16. Aug.

Das erste Stadium der Konversion der englischen Kriegsanleihe hat mit einem Erfolge geendet, der alle Erwartungen übertrifft. Der Gesamtbetrag der fünfprozentigen Kriegsanleihe, die am Ende dieses Jahres rückzahlbar ist und zur Konversion in eine dreiprozentige neue Staatsanleihe angeboten wurde, beläuft sich auf 267 Millionen Pfund (es waren 21 Milliarden Mark). Die das Schicksal betreuenden haben bis zum 11. Juli die Inhaber von Kriegsanleihen im Wert von 180 Millionen Pfund das Angebot der Konversion angenommen, das bis zu diesem Datum mit einem Bonus von 1 v. H. in der Vergangenheit war.

Nicht weniger als 90 v. H. der gesamten Beträge sind also freiwillig konvertiert worden. Nur 15 Millionen Pfund sind zur Auszahlung angemeldet worden.

Die Inhaber der verbleibenden 80 Millionen Pfund, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, können noch bis zum Ende September ihre Papiere zur Konversion einreichen, verlieren aber dann den Anspruch auf den Bonus von 1 v. H. Der bis zum 11. September nicht gemeldet hat, dessen Kriegsanleihe wird automatisch in die neue Staatsanleihe umgewandelt. Nach früheren Erfahrungen mit solchen Konversionsaktionen ist der Prozentsatz derjenigen, die sich überhaupt nicht melden, verhältnismäßig groß. Die Regierung wird also ohne jede Schwierigkeiten den zur Rückzahlung kommenden Betrag, der noch allgemeiner Sättigung 90 Millionen Pfund nicht übersteigt, kurzfristig im offenen Geldmarkt aufnehmen.

Vorberhandlungen in München bereits eine Annäherung erzielt sei, soll jedenfalls den Tatsachen weit voraus. Es scheint, daß schließlich auf der Seite der Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Fühler ausgestreckt worden ist. Die Zentrumspartei als solche verhält sich noch reserviert und merkt ab, was die Nationalsozialisten tun werden. Ueber deren Absichten aber sagt man noch nichts im Dunkeln.

### Die Führertage, die am Dienstag und Mittwoch in Berlin stattfinden sollte, ist abgesagt worden.

Lies wird in der Presse dahin gemeint, daß man vorerst einmal in kleinerem Rahmen zur Einigung und Klarheit über die nächsten politischen Schritte gelangen möchte. In den Kombinationen, die für den Fall eines Mitsprachewortens und eines Sturzes der Regierung erörtert werden, freuet die „Deutsche Zeitung“ noch eine weitere, indem sie auf die Möglichkeit eines Volksentscheides hinweist, der den Anstich zur Wahl einer Nationalversammlung bilden würde.

Der Erfolg der Konversionsangebots, das immerhin mit einem erheblichen Risiko für die Staatskasse verbunden war, ist ganz erstaunlich. Er zeigt wieder einmal, daß die englische Bevölkerung bereit ist, für patriotische Ziele mit übermäßigem Eifer einzutreten und dem Staat in Krisenzeiten ohne viel Zwiesel und Zögern zu verhelfen.

Naturngemäß wird der Erfolg in der englischen Presse lebhaft begrüßt. Der Schatzkanzler Chamberlain hat bereits von Dillmore aus den Kriegsanleihe-Inhabern die sein Angebot akzeptiert haben den Dank der Regierung ausgesprochen. Die Kosten der Konversion, die sich aus dem ausgedehnten Bonus, Kommissionen, Gehältern und Verfallszinsen zusammensetzen, belaufen sich auf 30 Millionen Pfund. Der Betrag wird aus einem besonderen Fonds gedeckt werden, da er sonst die Rückzahlung des Staates für das erste Jahr überfordern würde. Im ganzen bringt die Konversion

eine Ersparnis von etwa 30 Millionen Pfund. Mit Rücksicht auf die Verminderung der Steuerumlagen wird die Nettoersparnis für den Staatshaushalt je 20 Millionen Pfund betragen. Eine der wichtigsten Folgen der Konversion dürfte jedoch die Wirkung auf andere öffentliche und private Anleihen sein. Man erwartet nämlich, daß zahlreiche Körperschaften und Industrieunternehmen ihre Anleihen konvertieren werden. Eine allgemeine Zinsenlenkung auf dem Kapitalmarkt wird für die englische Konkurrenzfähigkeit im Weltmarkt von erheblicher Bedeutung sein.

### Besprechend die Äußerungen, daß die Deutschen national auf die meisten Äußerungen des „Anglisten“ mit keinem Wort eingehen.

„Lokal-Anzeiger“ und „Berliner Zeitung“ hielten sich in vornehmlicher Zurückhaltung. Im „Tag“ nimmt rein sachlich die deutsch-nationale Landtagsabgeordnete, die durch die Abgabe der WEDW geschaffenen Lage Stellung. Er konstatiert, daß die Regierung Papen eigentlich nur noch bei den Deutschen national auf Unterstützung rechnen könne. Weiter wird angeführt, daß, nachdem die größte nationale Partei sich der positiven Arbeit an der Befreiung vom parlamentarismus verweigert habe, die Regierung nunmehr auf ihre eigene Verantwortung gehend, auch vor der Revolution von oben nicht zurückweichen dürfe. Der Artikel schließt: „Der Reichstag, der heute eine so große Macht hat, wird, wenn er zeigt, daß er sie allein zum Trotz halten will, die Menschen, denen Partei nicht, Deutschland aber alles ist, hinter sich haben. Will die Reichsregierung so handeln, dann ist eine Rührung erforderlich.“

## Klage um Einberufung des Preußen-Landtages

Meldung des Wolffbüros  
Berlin, 16. Aug.

Da der Präsident des preussischen Landtags, Herr Dr. Lohmann, bisher trotz entsprechenden Antrags der Sozialdemokraten und Verlangens der Kommunisten noch keinen Termin für die nächste Plenarsitzung anberaumt hat, hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Telegramm an den Staatsgerichtshof nach Leipzig geschickt:

An der verfassungsmäßigen Streitfrage der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags, Antragsbegehren, gegen den Präsidenten des preussischen Landtags, Antragsbegehren, wegen Einberufung des preussischen Landtags, beantragten wir Erlass Einweiliger Verfügung, wanns Landtagspräsident Herr Dr. Lohmann verfassungsmäßig verpflichtet ist, den am 3. August abgehalten und durch Beschluß des Reichstages vom 8. August konstituierten Verlangens eines Häufels der Landtagsmitglieder den Landtag einzuberufen.

Der wesentliche Inhalt dieses telegraphischen Antrages, daß der Landtagspräsident verfassungsmäßig verpflichtet sei, den Verlangens des Häufels konstituiert sei, den mit den Antragsbegehren des Staatsgerichtshofes vom 12. Februar 1932, worin dieses Recht des Häufels festgestellt worden

war. Die Streitfrage liegt allerdings darin, ob das Häufel einen Sitzungstermin oder lediglich die „frühere Einberufung“ verlangen kann.

### Staatsgelder für Parteizwecke?

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
Berlin, 16. Aug.

Die die „Deutsche Zeitung“ berichtet, ist nunmehr die Unterlegung über die Verköstigung des preussischen Innenministeriums unter der Regierung Braun-Sengering zu einem gewissen Maßstab gelangt. Das umfangreiche Material beweist, daß neben sehr vielen unklaren Positionen auch solche vorhanden seien, die mit Sicherheit darauf schließen lassen, daß außerordentlich große Summen (insgesamt 5 Mrd. M.) an marxistische Zeitungen und Verbände geflossen seien. Darunter sollen sich auch Berliner Organisationen und eine namhafte marxistische Berliner Zeitung befinden. Das gesamte Material soll nach derselben Quelle bei der Verhandlung „Vreden gegen Reich“ dem Staatsgerichtshof unterbreitet werden. Aus diesem Grunde will man vorläufig auch von der Bekanntgabe weiterer Einzelheiten absehen. Die Verantwortung für die Wichtigkeit der Angaben muß man dem Staat überlassen.

## Arbeit für die Jugend

An maßgebender Stelle, im Büro des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Dr. Surup, erhalten die antragenden Professoren kürzlich die erfreuliche Auskunft, daß die Zahl der Anmeldungen der Arbeitsdienstfreiwilligen stetig wächst und den „Bedarf“ bereits erheblich übersteigt. Heute sind annähernd 85 000 arbeitswillige, arbeitsfördernde junge Menschen untergebracht. Ende August werden es nach dem vorliegenden Stande 105 000, Ende September 120 000, mit dem beginnenden Winter vielleicht 200 000 sein. Das wäre dann das Heer der kleinen Armee von 50 000 Mann, die im vorigen Jahre zusammen kam. Ein ganz gewaltiger Fortschritt, wenn man sich erinnert, daß ein anderer Reichskommissar, derjenige für die Pflicht, im Oktober 1930 die Ermächtigung erhielt, Pflichtarbeit von Erwerbslosen anzufordern, und dann neun Monate lang bei den vielfältigen Hindernissen sich abmühen mußte, bis glücklich zum Winter 1931 ganze 57 Mann in Östpreußen bei Entwässerungsarbeiten angelegt werden konnten.

In den letzten vierzehn Tagen, während man in der hohen Politik um eine neue Regierung rang, ging die soziale Bewegung aus West, die arbeitslosen jugendlichen Deutschen zu geordneter freiwilliger Tätigkeit auf. Der sie ansetzende hat in den Städten, auf den Vorhöfen, auf den Sandstränden, auf die namentlich vielen Tausend im geschlossenen Kampf mit den 24 Stunden des Tages, in der Uniform irgend eines Bundes oder nur mit Abzeichen an der Hüfte und dem zerfetzten Rock, der erkannte immer nur das eine an jedem: es fehlte ihm der Sinn und Zweck des Daseins, es fehlte ihm die Arbeit, aber mehr auch die Kenntnis und Erfahrung irgend einer Arbeit. Vom 1. bis zum 14. Lebensjahre sind diese jungen Leute in die Schule gegangen. Worin hat man sie dort vorgebildet? Für die Arbeit nicht. Seitdem hungern sie herum. Und da sollen sie nicht auf dumme Gedanken kommen?

Der Tag eines jugendlichen Erwerbslosen: Er erwacht morgens nach schmerzhaftem Schlaf — guten Schlaf kennt nur die Müdigkeit nach schwerem Dienst — er erwacht nicht mit dem Gefühl, ein Ziel, eine Pflicht vor sich zu haben. Im besten Fall denkt er: Bist du heute irgend eine kleine Gelegenheit, mich nützlich zu machen. Man kann einen Drogenhändler aufreiben, einen Hund wachen, einen Barbiere sein, einen entlassenen Konvaleszenten einfangen, dafür gibt Trinkgelder, der Tag wäre nicht ganz nutzlos. Von der akademischen Weltanschauung eines zahlungsunfähigen Herrn, von der irgendwo liegende Handfläche einer schönen Frau träumt nur der Aufwacher. Aber so ganz klar, ganz der Hoffnungslosen Tage brennt, ist noch keiner. Wie geben sie, nicht mehr richtig im Leben zu stehen und deshalb auch bald nicht mehr richtig im Kopfe zu sein. Weh! der Tag zu Ende, mehr ohne daß sich irgend einer von den kleinen glücklichen Zufällen ereignet hat, so heißt es eben wieder: dummeln, warten, herumhocken, diskutieren, politisieren — es ist eine leere Tragödie. Jeder junge Mensch, der sich heute irgend auf den Straßen herumtreibt oder in den Höfen der „Bären“ elende Bettelkämpfe macht, ist eine Anklage gegen den Staat, der nicht helfend eingreift.

Der Staat hat eingegriffen. Er hat sich darauf besonnen, daß nach Artikel 137 der Verfassung, unter der wir leben, die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutze des Reiches steht und daß es im Artikel 138 derselben Grundgesetz heißt: Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben.“ Für fünf oder sechs Millionen erwachsene Arbeitslose stehen diese schönen Gedanken leider naturgemäß nur auf dem Papier. Aber für die arbeitslosen Jugend mußte etwas anderes geschaffen werden. Der Reichsarbeitsminister Schaefer hat es in einer Rundfunkrede ausgesprochen, er wolle sehr wohl, daß man mit dem Arbeitsdienst allein das deutsche Schicksal nicht weltersparen kann. Die Führer in Politik und Wirtschaft müssen weiterhin auf Mittel und Wege finden, der Arbeitskraft ein Ende zu machen und den Arbeitslosen vorzubereiten. Aber eines ist sicher: Schon in dieser Arbeitsdienstbewegung der Jugend sind mirke Rechte, nützliche und aufbauende Kräfte, die sowohl der Wirtschaft als auch dem Staat wertvolle Dienste leisten.



### Außerordentliche Stadtratssitzung

Der Stadtrat hielt am Samstag eine außerordentliche Sitzung ab, über die der nachstehende amtliche Bericht ausgegeben wird:

#### Neufestsetzung der Fürsorgebeiträge

Der Oberbürgermeister hat auf Grund der Artikel 10 und 11 der badischen Gemeindeverfassung vom 2. Oktober 1921 die Fürsorgebeiträge wie folgt neu festgesetzt:

| a) Allgemeine Fürsorge                          |                    |
|---|--------------------|
|   | monatlich          |
| alleinstehende Personen                         | 36 A (bisher 35 A) |
| Witwe ohne Kinder                               | 50 „ „ 52 „        |
| Kinder unter 14 Jahren je                       | 10 „ „ 10 „        |
| Kinder u. sonstige Angehörige über 14 Jahren je | 12 „ „ 10 „        |
| b) Geborene Fürsorge                            |                    |
| alleinstehende Personen                         | 41 „ „ 48 „        |
| Witwe ohne Kinder                               | 57 „ „ 63 „        |
| Kinder unter 14 Jahren je                       | 10 „ „ 15 „        |
| Kinder u. sonstige Angehörige über 14 Jahren je | 12 „ „ 15 „        |

Der Stadtrat beschließt gegen diese Wohnzweckbeiträge bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde einzulegen.

#### Händigungen bei der Straßenbahn

Der Oberbürgermeister gibt dem Stadtrat bekannt, daß sich die Direktion der Straßenbahn gegen den 1. August die Rechte der Straßenbahn zum 1. Oktober d. J. zu übertragen. Eine Weiterbeschäftigung der Beschäftigten nur dann möglich, wenn sich das Personal der Straßenbahn zu einer entsprechenden Arbeitszeitverlängerung bereitfindet. Verhandlungen darüber sind in die Wege geleitet.

#### Kirchweih-Montag

Das Wetter kompensierte in diesem Jahre wirklich mit dem ersten Kirchweihen in den Mannheimer Hororien, denn es zeigte sich auch am Montag von seiner angenehmen Seite. Auf den Kirchweihbergen herrschte am Nachmittag vor allem die Jugend vor, die es offenbar zu Hause verstanden hatte, einige Stunden für das so seltene Vergnügen zu ergattern. In den Abendstunden ging es wie am Sonntag in den Werkstätten recht lebhaft zu. Es lagen, als ob an einigen Stellen noch feuchter gerast würde, als an dem Sonntag. Die Regente sind zum Teil — unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse — zufrieden, zum Teil sind sie nicht an ihre Rollen gekommen, da der Umtrieb wohl beträchtlich das Endeergebnis jährenmäßig aber gering war. Die Werte trauten sich, doch wieder einmal etwas mehr Betrieb herrschte und die Wäcker, die an verschiedenen Stellen beschäftigt wurden, waren dankbar für die ihnen gebotene Verdienstmöglichkeit.

#### In Wiebers Grab

Dieser Tage war es bereits ein Jahr, daß der bekannte Generalkonzeptschreiber Josef Wieber in pflanzlich auf den Boden geschieden ist. Anlässlich des Todesjahres versammelten sich vergangener Sonntag um die kleine Wegkapelle der Pfarrat und eine Anzahl Mitglieder des „Fenerio“ an der Wäcker, um in einer kleinen Feier des verdienstvollen Mannes zu gedenken.

Das Gloria-Quartett, dessen herrlicher Gesang der Beerdigung so gerne lauschte, ließ zur Erinnerung „Im Wiebers Grab“ am 11. März in erstklassiger Weise in die morgendliche Stille erklingen. Präzise dem Brenner, der darauf das Wort ergab, würdige in zu Herzen gehenden Worten nochmals die vielen Verdienste Wiebers und gelobte weiterhin Franz dem „Fenerio“, dessen Gedächtnis dem Gedenkbüchlein so sehr am Herzen gelegen haben. Ein Lobgedicht mit Schluß wurde niedergelegt. Mit einem weiteren Gesangsvortrag endete die erhabende Feier.

Bei jeder Gelegenheit beachtet man sich auch an die Nachfahren des früheren Präsidenten Weinreich und des Pfarrers Adolf Dingelheim. Auch hier wurde man mit herrlichen Worten der heimgegangenen untergeleiteten Generalkonzeptschreiber. K. R.

\* Preussisch-Schlesische Klassenlotterie. In der letzten Samstagausziehung wurden folgende Gewinne ausbezahlt: Vier Gewinne zu je 20.000 A auf die Num. 190.184 und 322.039; 10 Gewinne zu je 3000 A auf die Num. 39.913, 64.814, 90.813, 107.820, 143.793, 159.515, 212.004 und 270.882; 38 Gewinne zu je 3000 A auf die Num. 54.089, 121.150, 130.128, 204.464, 229.238, 296.376, 346.808, 383.038 und 392.298. In der Samstagausziehung: Zwei Gewinne zu je 10.000 A auf die Num. 237.032, acht Gewinne zu je 3000 A auf die Num. 68.408, 170.705, 312.878 und 370.401; 20 Gewinne zu je 2000 A auf die Num. 20.387, 40.131, 132.776, 158.887, 174.771, 190.250, 216.881, 268.896, 323.679 und 326.831. (Ohne Gewähr.)

## Die Not der Sozialrentner

### Zugung des Bundes christlicher Arbeitsinvaliden

Der Bund christlicher Arbeitsinvaliden, Witwen und Waisen Deutschlands, der seinen 5. Bundestag in Mannheim abhielt, eröffnete am Sonntag im Kolpinghaus die Arbeitstagen mit den städtischen Regulatorien. Der 1. Bundesvorsitzende J. Reich erbat die Geschäfts- und Kasienberichte, die durch die Besammlung ihre Annahme fanden. Der Bundesvorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt.

#### Die öffentliche Bundeszugung

am Montag nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Bundesvorsitzender Reich wandte sich in seiner Begrüßungssprache gegen die Herabwürdigung der Sozialrentner auf die Stufe der Fürsorgeempfänger. Oberbürgermeister Schäfer übertrug im Auftrag des Oberbürgermeisters die Grüße der Stadtverwaltung und wies auf die Notlage der Stadt Mannheim hin, die D. v. G. ihrer Einnahmen für Wohlfahrtszwecke aufkommen habe. Die Grüße des Caritas-Verbandes und der katholischen Weltlichkeit überbrachte Stadtpfarrer Kiefer. Für die katholische Arbeiterbewegung sprach Landtagsabgeordneter Schärmer, für den Deutschen Gewerkschaftsbund Gewerkschaftssekretär Sauer, für das Evangelische Volksbüro Arbeitersekretär Petzsch, für den Deutschen Arbeiterverbanden Direktor Severin, für den Reichsverband deutscher Konsumvereine Direktor Swager, für den Zentralverband deutscher Kriegsdienstverweigerter Herr Wolfert.

Das erste Referat der Zugung hielt Reichrat Dillke, der Leiter des Wohlfahrts- und Jugendamtes der Stadt Mannheim, der in lehrreicher Weise über

#### „Sozialrentner und öffentliche Fürsorge“

sprach. Einer erhofften Aufwärtsentwicklung bei Renten und Unterhaltungen muß sehr kritisch gegenübergestellt werden. In es ist zu betonen, daß die Renten auf das Niveau der Fürsorgeunterstützungen herabgedrückt werden, da nicht mehr da ist. Im Gegensatz zum Fürsorgeempfänger hat der Rentner das anerkannte Recht auf Unterhaltung. Die Gesetzgebung für den Rentner muß als ausreißend angesehen werden, wie auch das ihm zustehende Beschwerderecht allen Ansprüchen genügen dürfte. Es ist jedoch nicht vernünftig, daß nicht überall den Beschwerdeführern in der Weise Rechnung getragen wird, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Nur vertrauensvolle Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise ist der Sache förderlich.

Ein weiterer Unterschied zwischen der öffentlichen Fürsorge und der Sozialversicherung besteht darin, daß die öffentliche Fürsorge nur dann eingreift, wenn die Hilfsbedürftigen weder auf eigenen Arbeit noch auf Unterstützung Dritter sich die zum Lebensunterhalt notwendigen Mittel zu beschaffen vermögen. Heute muß mehr denn je darauf geachtet werden, daß die Fürsorge wirklich der letzte Rettungsanker ist. Noch mehr wird in Zukunft darauf geachtet werden müssen, daß jegliche Reueinnahme und jeder Arbeitsverdienst auf die Unterhaltung angerechnet wird. Man wird dazu übergehen müssen, nicht den Bedarf für jeden einzelnen Bedürftigen festzustellen, sondern für die ganze Gesamtheit, ohne Rücksicht auf höhere oder weitere Verwandtschaft. Praktisch gesehen bedeutet das eine Einschränkung der Ausgaben. Ein dritter Unterschied zwischen der öffentlichen Fürsorge und der Sozialversicherung besteht darin, daß die öffentliche Fürsorge an keine

bestimmte Leistung gebunden ist, sondern sich nach den Verhältnissen richtet. Dieser Grundlag führt dem Sozialrentner einen Vorteil, wenn auch nur in bescheidenem Umfang.

Die Höhe der individuellen Behandlung im Fürsorgeverfahren ist die Notwendigkeit eines besonderen Eingehens auf die privaten Verhältnisse des Unterhaltungsbedürftigen.

Dennoch konnte man nicht umhin, Rückschlüsse zu ziehen, die sehr wahrscheinlich bald eine Überprüfung anzuwenden der Unterhaltungen erfahren müssen. Die Fürsorgeempfänger werden sich mit dem Gedanken abfinden müssen, mit noch weniger zufrieden zu sein, um mitzubekommen, daß Schlichter die Zahlungsansprüche zu verhindern. Wir sind noch nicht am Ende der Entwicklung. Doch gibt es Grenzen sowohl bei den Unterhaltungen wie auch bei den Steuern und Abgaben die unter Umständen das Hebel noch vergrößern können. Erste Pflicht muß es sein, den Notbedarf des ganzen Volkes sicherzustellen, selbst wenn größere Einbußen in Verdienst und Vermögen notwendig werden. Die Minderheiten müssen sich daran bekümmern, wie dem deutschen Volke zu helfen ist.

Der Redner erläuterte seine Ausführungen durch Zahlen aus der Mannheimer Fürsorge und ging dann noch auf die geborene Fürsorge näher ein. Zum Schluß forderte er auf, einzutreten für die Erhaltung der Sozialversicherung, für die nicht nur bereits Verlorene zurückgewonnen werden müßte, sondern die eines weiteren Ausbaues wert sei.

In einem zweiten Referat sprach Reichstagsabgeordneter Richter über das Thema „Unser Kampf um die Erhaltung der Sozialversicherung“. Die Sorge um den Bestand der Sozialversicherung und der Hilfe zum Kampf um diese Einrichtungen waren die Vorarbeiten der Ausführungen, die durch wertvolles Zahlenmaterial erläutert, ein erschütterndes Bild von den gegenwärtigen Verhältnissen gaben. Verlassen und Entwürdigung der Lage fanden eine erschütternde Darstellung durch den Redner, der schließlich, wie die sozialistischen Kreise zur Macht drängen, die in den aus dem Arbeitsprozess ausgehenden Renten eine soziale Last ertrügen. Wir vermehren uns dagegen, daß von einer Last geredet wird, denn der Staat hat eine fällige Pflicht den Arbeitsinvaliden gegenüber, die ihrerseits ihre wohnortüblichen Rechte auf die Sozialversicherung haben. Wohl muß das Gemeinwohl über alles gestellt werden, aber das Einzelinteresse darf dabei nicht untergehen. Wir wollen nicht nur Wohlwäter und Fürsorge, sondern wir verlangen, daß das Recht, das wir uns gesichert haben, und erhalten bleibt. Es ist notwendig, daß sich die Staatsbürger an die Reichstagskammer vom November 1931 erinnern, die heute von ihnen in einem ganz anderen Sinne angelehnt wird, als sie vor 21 Jahren beschlossen wurde. Keine Regierung wie sie auch heißen möge, kann sich von den Verpflichtungen gegenüber den unteren Volksklassen entziehen. Deutschland wird sozial leben oder es wird nicht sein. Grundlag muß bleiben: Rechts und Gerechtigkeit für alle Volksgenossen.

Am Nachmittag wurde die Zugung durch eine sehr rege Aussprache fortgesetzt in der die Not der Sozialrentner erst recht deutlich zum Ausdruck kam. In einer längeren Entschließung wurden zum Schluß die Ergebnisse der Arbeitstagen und die Forderungen des Bundes zusammengefaßt.

Eine von der Stadt Mannheim geschickte Gastenrundfahrt, ein Pfälzer Abend unter Mitwirkung eines Erwerbslosen-Orchesters und des Schubert-Quartetts am Sonntag und eine Fahrt nach Heidelberg am Montag brachten für die Teilnehmer Entspannung von der Arbeit. X

### Handwerker in Not

#### Schuhmacherzunft und Fürsorgeamt

Das Städtische Fürsorgeamt, das in einem Vertragsverhältnis mit der Schuhmacherzunft steht, hat kürzlich einseitig den Vertrag zugunsten der Handwerker abgeändert und ohne Verhandlungen neue Lieferungsbedingungen festgelegt. Da diese Änderung eine Maßnahme von weittragender Bedeutung ist, sah sich die Schuhmacherzunft veranlaßt, eine außerordentliche Zunftversammlung einzuberufen, um Protest gegen die Vergewaltigung des Vertrags zu erheben. Obermeister Deß, der u. a. einen Vertreter des Fürsorgeamtes und der Handwerkskammer beauftragte, gab kurz Bericht über den Stand des Verhältnisses zum Fürsorgeamt. Er stellte fest, daß die Zunft zu den neuen Maßnahmen nicht gehört worden sei und die neuen Lieferungsbedingungen über den Kopf hinweg diktiert wurden. Während bisher die Schuhreparaturen für die Fürsorgeempfänger von dem Fürsorgeamt bezahlt wurden, sollen jetzt die Unterhalten einen Teil der Reparatursumme selbst tragen.

Es ist aber vollständig unmöglich, von diesen Renten etwas zu bekommen, denn sie haben kaum das nötige Geld zum Leben und können hieron keinerlei Beiträge für Schuhreparaturen abgeben. In dieser Unmöglichkeit kommt in vielen Fällen auch noch der schlechte Willen, da manche Fürsorgeempfänger auf dem Standpunkt stehen, das Fürsorgeamt müsse für alles aufkommen.

Die einschneidendsten neuen Bedingungen sind, daß die aufgeschickten Preistabelle hervor. Während das Fürsorgeamt laut Vertrag vom 1. März 1932 für ein Paar Herren-Sohlen mit Nadel an den Schuhmacher 4,20 A zahlte, will es heute nur noch 2,80 A vergüten, so daß der Unterhaltungsbedürftige 1,40 A hinzuzahlen muß. Bei Damensohlen beträgt die Preisspanne 1,80 A, während bei Nadel allein und bei Kindersohlen der Fürsorgeempfänger bis zu 30% des Reparaturpreises selbst zu tragen hat.

#### In der Wäckerstraße

wurde von vielen Handwerkern mit Nachdruck betont, daß es unmöglich sei, von den Fürsorgeempfängern auch nur einen Pfennig zu bekommen. Der frühere Vertrag mit dem Fürsorgeamt sah bereits in günstige Preise vor, daß von einem wirklichen Verdienst nicht aufgezogen werden konnte. Immerhin waren die Handwerker zufrieden und das Fürsorgeamt konnte auch zufrieden sein, denn in seiner Regierewerkstätte wurde wesentlich teurer gearbeitet. Wenn nun die Schuhmacher selbst die Differenz tragen sollen, dann müssen sie in wenigen Tagen selbst zum Fürsorgeamt, denn die neuen Preise bedeuten nicht einmal das benötigte Pöbel, geschweige denn die wirklichen Herstellungskosten. Durch die neue Preispolitik werden die Bedürftigen den Schnellsohlereien in die Arme getrieben. Das hierbei nichts gepart wird, ist auch dem Fürsorgeamt bekannt, da diese Arbeiten keinen Vergleich mit der Handwerksarbeit ausstellen können und bald eine neue Reparatur erforderlich machen. Die Handwerker sind bereit, neue Opfer auf sich zu nehmen, wenn der jetzt diktierte Vertrag auf eine andere Basis gebracht wird. Verlangt muß die

#### Kündigung der Regierewerkstätte

werden, da diese schon längst ihren ursprünglichen Charakter verloren hat und zu einem Aufschubetrieb geworden ist. An der zum Teil sehr erregt verlaufene Aussprache nahm auch der Vertreter der Handwerkskammer teil, der es von dem Fürsorgeamt als unfair bezeichnet, ohne wie früher zu verhandeln, einfach neue Abmachungen zu diktiert. Der Vertreter des Fürsorgeamtes äußerte rasche und wohlwollende Behandlung der vorgebrachten Wünsche zu und betonte, daß in den nächsten Wochen die Regierewerkstätte aufgelöst werden würde, so daß alle Arbeiten wieder dem freien Handwerk zufallen. Er glaubte ansetzen zu dürfen, daß, wenn ähnliche Vorfälle für eine Reuegelung gemacht würden, Rücksicht auf Anerkennung bestände.

#### In der zum Schluß gefassten

Entschließung wurde das Ergebnis der Protestversammlung kurz wie folgt zusammengefaßt:

1. Die Mitglieder der Schuhmacherzunft Mannheim fordern die sofortige Aufhebung der neuen Regelung für Schuhreparaturen und die Wahrung diesbezüglicher Verhandlungen mit dem Fürsorgeamt.

2. Ferner verlangen sie die Kündigung der bestehenden Regierewerkstätte, da diese unabweichbar den Charakter einer Erwerbslosenwerkstätte verloren hat.

Braun kommt aus Paris zurück und erzählt seine Erlebnisse. „Und im Ritz hielt ein Amerikaner die schönste Tischrede, die ich in meinem Leben gehört habe.“ „Was sagte er?“ „Kellner, was macht das alles zusammen?“



Das Geburtshaus Wilhelm Wundts

Die 1890-91 angerissene evangelische Kirche von Neckarau. Links das ehemalige Pfarrhaus, in dem Wilhelm Wundt geboren wurde. Die Stadtverwaltung hat heute am Grab Wundts in Leipzig einen Kreuz niedergelegt lassen.



Wenn eingeschworene Raucher anderer Marken auf die Oberst übergehen, wissen sie warum; denn Oberst-format, Oberst-Qualität und Oberst-Soldaten-Bilder gibt es nur einmal.

WALDORF-ASTORIA G.M.B.H.







Ver. Oberschlesische Hüfenerwerke AG. Sanierung genehmigt

In der 98. der 100. ordentlichen Generalversammlung...

L. Weill u. Reinhardt AG, Mannheim Neuer Verlust

Nach dem in der 98. in Wiesbaden am 12. Sept. 1931...

- Beteiligte Mittelstandsfirmen AG. Hermann, Hermann & Co., etc.

Zahlungseinstellung der Emag

Die Verwaltung der Emag (Eisen- und Metallwerke AG)...

- Kapitalerhöhung bei der Reichs-Industrie AG, Berlin-Wilmersdorf...

Hofbräu AG, Bamberg und Erlangen Bilanzkorrektur

Der Rückgang des Bierpreises machte in dem am 30. Sept. 1931 abgelaufenen 3. Quartale...

Wegen eines Beschlusses des Reichsgerichts...

Wirtschaftsprogramm des Einzelhandels

Auf Grund der Ergebnisse des Einzelhandels...

Erschreckende Eisen-Halbjahresbilanz

Rückgang der Welt-Eisenerzeugung um 25-75 vH. / Rußland zweitgrößter Eisen-erzeuger der Welt / Deutschland vom zweiten auf den fünften Platz zurückgefallen

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Deutschland hat den zweiten Platz...

Rückgang der Welt-Eisenerzeugung...

Der wesentliche Grund...

Nachdem die europäischen Eisenwerke...

In der Tat, die Eisen- und Stahlindustrie...

Die Eisenindustrie in Amerika, Frankreich, Belgien...

Table with 2 columns: Country, Production (vH)

Wegen des Beschlusses...

Deutschland hat sich schon seit langer Zeit...

Deutschland hat sich schon seit langer Zeit...

Wirtschaftsprogramm des Einzelhandels...

Die südwestdeutsche Maschinenindustrie

In der südwestdeutschen Maschinenindustrie...

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Oesterreichische Diskontsenkung bevorstehend?

Die Ermäßigung des Zinssfußes der Oesterreichischen Nationalbank...

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Größt-Handelsindex weichend

Die am 10. Aug. veröffentlichten Größt-Handelsindex...

Die Eisen- und Stahlindustrie...

1,19 (i.V. 1,22) Mrd. RM deutsche Zollerfrage

Die Reichsfinanzkommission des Jahres 1931...

Mannheimer Produktionsbörse / 15. August

Table with 2 columns: Commodity, Price

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Die Eisen- und Stahlindustrie

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Emissionsfähigkeit im Juni

Im Juni 1932 wurden laut Statistik...

Brandschadensstatistik

Die bei der Versicherungsstatistik...

Neue französische Eisenlieferungen für die deutsche Industrie

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Preisrückgang bei den Eisenwaren

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Frankfurter Abendbörse geschäftlos

Die Eisen- und Stahlindustrie...

Frachtmärkte Duisburg-Ruhrort / 15. Aug.

Die Eisen- und Stahlindustrie...



